

STAATSARCHIV HAMBURG

314-15

Oberfinanzpräsident

ABL 1938

Beschreibende A 101

---

---

---

---

---

---

---

Oberfinanzdirektion Hamburg

- O 1488 - BV 33/ 331

A 151

Hamburg 13, den 22. August 1952  
Hartungstrasse 5  
Telefon 44 12 91

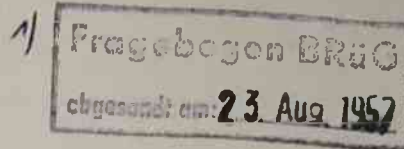
Vfg.

HERRN

RECHTSANWALT O. SIEMS

HAMBURG - OTHMARSCHEN

REVENTLOW STR. 46



Betr.: Rückerstattungssache DR. BENNO FELIX ARNHEIM

BEZUG: IHR SCHREIBEN VOM 15.8. 1952

Anl.: 3

Beiliegend übersende ich Ihnen einen Fragebogen in doppelter Ausfertigung für jeden Berechtigten nebst Begleitschreiben mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, dass die Fragebogen in jedem Falle von den Berechtigten unterschrieben werden, da es nicht ausgeschlossen ist, dass ein Berechtigter in verschiedenen Rückerstattungsverfahren oder auch im Entschädigungsverfahren mehrere Bevollmächtigte bestellt hat. Ein Fragebogen ist jeweils für den Berechtigten bzw. für Ihre Akten bestimmt.

Da sich aus meinen Unterlagen nicht ergibt, dass Ihre Vollmacht auch das Bescheidsverfahren umfasst, bitte ich, mir eine entsprechende Vollmacht nachzureichen, andernfalls die Unterlagen an mich zurückzusenden.

Des weiteren bitte ich darauf zu achten, dass die derzeitige genaue Anschrift ~~sowie das Geburtsdatum~~ der von Ihnen vertretenen Berechtigten im Fragebogen vermerkt sind.

Im Auftrag

CBINERT/

REG. RAT

2/ W. V. mit

2/ 13.8.

# Fragebogen

Az.: 0 1488 - A 101 - BV 33/331

OFD: Hamburg

## 1) Personalangaben des Berechtigten:

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Dr. A r n h e i m , Felix Benno

Geburtsdatum und Geburtsort:

27.11.1898 in Königsberg (Pr)

jetzige Anschrift:

9. Heathway Court, Finchley Road, Hampstead,  
London NW 3, England

letzter Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung:

Königsberg (Pr)

bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

## 2) Personalangaben des Verfolgten:

(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist.)

Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)

Geburtsdatum und Geburtsort:

Wohnort (ständiger Aufenthalt) in Deutschland vor der Auswanderung oder Deportation:

## 3) (von der OFD auszufüllen)\*:

Bezeichnung der Beschlüsse und Vergleiche, auf Grund deren in einem Rückerstattungsverfahren eine Zahlungsverpflichtung

1. des Deutschen Reichs (einschließlich der Sondervermögen Deutsche Reichsbahn und Deutsche Reichspost),

a) Teilbeschuß des Landgerichts Hamburg - 1. Wiedergutmachungskammer - vom 25.7.51 Az.: WiK 341/50 - Z 456  
Umzugsgut

b) Beschluß der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg vom 26.10.51 Az.: WiK 341/50  
Z 456

Weiteres Umzugsgut

\* Aufzunehmen sind alle der OFD bekannten Beschlüsse und Vergleiche ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Anspruch dem zu Ziffer 1) genannten Berechtigten allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten zusteht.

2. des ehemaligen Landes  
Preußen,

3. der ehemaligen National-  
sozialistischen Deutschen  
Arbeiterpartei (NSDAP),  
deren Gliederungen, deren  
angeschlossenen Verbände  
und der sonstigen aufge-  
löst NS-Einrichtungen,

4. der Reichsvereinigung der  
Juden in Deutschland und  
des Auswanderungsfonds  
Böhmen und Mähren

festgestellt worden ist.

4) Liegen weitere Beschlüsse  
oder Vergleiche vor, nach  
denen Ihnen allein oder ge-  
meinsam mit anderen Berech-  
tigten rückerstattungsrecht-  
liche Geldansprüche gegen  
einen der in Ziffer 3) ge-  
nannten Rechtsträger zu-  
stehen?

(Anzugeben ist die Rückerstattungs-  
behörde, Datum und Aktenzeichen  
des Beschlusses oder des Vergleichs)

nein

5) Haben Sie allein oder gemein-  
sam mit anderen Berechtigten  
rückerstattungsrechtliche  
Geldansprüche gegen einen  
der in Ziffer 3) genannten  
Rechtsträger geltend  
gemacht?

(Angabe der Rückerstattungsbe-  
hörde und des Aktenzeichens)

nein

6) Welche von den in Ziffer 3)  
bis 5) genannten rückerstat-  
tungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen sind ganz oder teil-  
weise abgetreten, verpfändet  
oder gepfändet worden?

Ziffer 3) Nr.1

Gfs. ist anzugeben

a) in welcher Höhe,

b) Name und Anschrift des  
Abtretungsempfängers  
oder Pfandgläubigers.

DM 10.000,-- abgetreten  
OFD Hamburg

7) Auf welche von den in Ziffer  
3) bis 5) genannten rücker-  
stattungsrechtlichen Geldan-  
sprüchen haben Sie bereits  
Leistungen oder Darlehen er-  
halten?

Auf Ziffer 3) Nr.1 DM 10.000,-- Darlehn von  
OFD Hamburg

Gfs. ist anzugeben

a) von welcher Stelle,

b) in welcher Höhe.

8) Haben Sie Entschädigungs-  
ansprüche angemeldet?

ja

(Anzugeben sind sämtliche Entschä-  
digungsansprüche mit Ausnahme  
der für Schaden an Leben, an  
Körper oder Gesundheit oder an  
Freiheit)

Gfs. ist anzugeben, bei wel-  
cher Entschädigungsbehörde  
und unter welchem Akten-  
zeichen.

*Siehe Bl. 8*

9) Haben Sie einen Bevollmäch-  
tigten für das im Bundes-  
rückerstattungsgesetz für die  
Befriedigung rückerstattungs-  
rechtlicher Geldansprüche  
vorgesehene Verfahren be-  
stellt?

Ja.

Gfs. ist Name und Anschrift  
des Bevollmächtigten anzu-  
geben.

Rechtsanwalt Otto Siems, Hamburg-Othmarschen,  
Reventlowstr. 46

10) An welche Stelle sollen die  
Zahlungen nach dem Bun-  
desrückerstattungsgesetz ge-  
leistet werden?

(Bei Devisenausländern wird in  
der Regel die Errichtung eines  
liberalisierten Kapitalkontos er-  
forderlich sein.)

Deutsche Bank A.G.,  
Hamburg 11,  
Adolphsplatz 7

11) Sonstige Bemerkungen des  
Berechtigten:

vergl. Bescheid vom 28.12.1956

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

London

(Ort)

den

1. September

19 57.

(Datum)

*F. Ankenin*

(Unterschrift)

14

V o l l m a c h t

Hierdurch erteile ich, ~~Mein~~ der / die unterzeichnete

F. A r n h e i m  
9, Heathway Court  
Finchley Road, London N.W.3 / England

Herrn Rechtsanwalt Otto S i e m s ,  
Hamburg-Othmarschen, Reventlowstr. 46,

V o l l m a c h t

mich in allen Angelegenheiten zu vertreten, welche die Wiedergutmachungsansprüche betreffen.

Diese Vollmacht erstreckt sich auf alle Rechtshandlungen und Rechtsgeschäfte sowohl Privaten und Behörden gegenüber. Insbesondere soll der Bevollmächtigte berechtigt sein, mich vor den einschliesslich des Verfahrens gegenüber der Oberfinanz-Wiedergutmachungsbehörden, ~~einschliesslich~~ der dazu gehörigen Direktion Hamburg Gerichte zu vertreten, auch Gelder und Geldeswerte für mich in Empfang zu nehmen und darüber zu verfügen.

Der Bevollmächtigte soll die Vollmacht im ganzen übertragen und Unterbevollmächtigte ernennen können.

Die Vollmacht erlischt nicht durch meinen Tod.

London, den 1. September 1957.

*F. Arnheim*



## A b s c h r i f t

Der Regierungspräsident  
14 - C 1 - ZK 423 129

Köln, den 28. Dezember 1956  
Zeughausstr. 4

## B e s c h e i d

Dem Antragsteller,

Herrn Felix Benno A r n h e i m

geboren am 27. November 1898 in Königsberg/Preussen

wohnhaft in 3, Heathway Court, Finchley Road, London NW 3

vertreten durch Herrn Rechtsanwalt O. Siems,  
Hamburg-Othmarschen, Reventlowstrasse 46

wird wegen Schadens durch Zahlung von Sonderabgaben  
nach dem Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der  
nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungs-  
gesetz - BEG - ) vom 29.6.1956 (BGBl. I S. 559 ff)  
eine Entschädigung in Höhe von

9.833,48 DM

(i. Worten: Neuntausendachthundertdreißig 48/100  
Deutsche Mark)

zuerkannt.

Die Entscheidung ergeht verwaltungsgebührenfrei. Der Antragsteller  
ist jüdischer Abstammung und macht Schäden wegen Zahlung von Sonder-  
abgaben geltend. Zur Begründung trägt er im einzelnen vor:

Er sei seit dem Jahre 1924 in Königsberg als Rechtsanwalt und seit  
dem Jahre 1932 als Notar tätig gewesen. Nachdem ihm im Oktober 1935  
das Notariat und im November 1938 die Zulassung als Anwalt entzogen  
worden sei, habe er sich im August 1939 zur Auswanderung gezwungen  
gesehen. Bevor er habe auswandern können, habe er Judenvermögensab-  
gabe, Reichsfluchtsteuer, Auswandererabgaben an die jüdische synago-  
gengemeinde, sowie erhebliche Aufwendungen für Reise - und Transport-  
kosten machen müssen: insgesamt habe er an Sonderabgaben und an Auf-  
wendungen für die Reise 53.322,85 RM aufbringen müssen.  
Der Antragsteller begehrt Entschädigung wegen dieser Ausgaben. Wegen  
weiterer Einzelheiten wird auf den Akteninhalt Bezug genommen.

### Entscheidungsgründe:

Der Antrag ist form- und fristgerecht gestellt und begründet.  
Der Antragsteller erfüllt die Voraussetzungen des § 4 BEG, da er im  
Jahre 1939 aus den Verfolgungsgründen des § 1 BEG von Breslau nach  
England auswandern musste.

Durch die bisher zu den Akten gereichten Unterlagen ist weiter



nachgewiesen, dass der Antragsteller an Sonderabgaben und an Aufwendungen bei der Auswanderung insgesamt 49.16740 RM ausgegeben hat. Der dem Antragsteller gemäss § 59 BEG hierfür zustehende Entschädigungsanspruch ist § 11 BEG im Verhältnis 10:2 in Deutsche Mark umzurechnen. Es ergibt sich somit eine Entschädigung in Höhe von 9.833.48 DM.

Vorsorglich wird auf § 60 BEG verwiesen.

### Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Zustellung dieses Bescheides Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch den Regierungspräsidenten in Köln, vor dem Landgericht - Entschädigungskammer - in Köln erhoben werden.

Die Klageschrift ist in doppelter Ausfertigung bei dem Landgericht in Köln, Reichenspergerplatz, einzureichen.

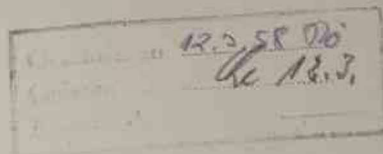
Im Auftrage  
gez.: Dr. Scholtissek

L.S. Beglaubigt  
gez. Unterschrift  
Re.-Angestellte

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- O 1468 - A 101 BV 33/334 -  
Reg. Nr. 355

Hamburg 13, den  
Hartungstrasse 5  
Telefon 44 12 91 /32

9. Mai 1958



### B e s c h e i d

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung  
der Rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des  
Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger  
(Bundesrückerstattungsgesetz - BRUG -) vom 19. 7. 1957  
(Bundesgesetzbl. I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion  
Hamburg den Berechtigten

Dr. Felix Böhmert Strömmer -  
9, HEATHWAY COURT, FINCHLEY ROAD  
HAMPSTEAD, LONDON N.W.3, ENGLAND

~~als Rechtsnachfolger~~ nach

Bevollmächtigte:

RA. OTTO SIEMS  
HAMBURG-OTHMARSCHEN  
REVENTLOW STR. 46

folgenden Bescheid:

I.

Dem ~~Besch~~cheid liegt der ~~Beschluss/Vergleich~~

vom ~~Az:~~  
zugrunde.

Dem ~~Ent~~scheid liegen die nachstehend aufgeführten Ent-  
scheidungen/und/gütlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) ~~BESCHLUSS~~ ~~VOR DEM~~ ~~LANDGERICHTS~~ HAMBURG - 1. WIEDER-  
GUTMACHERUNGSKAMMER - VOM 25.7.1951 Az. ~~341/50~~ 2 456
- 2) ~~BESCHLUSS~~ ~~VOR DEM~~ ~~LANDGERICHTS~~ HAMBURG - 1. WIEDER-  
GUTMACHERUNGSKAMMER - VOM 26.10.1951  
Az. ~~341/50~~ 2 456

II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen/und/güt-  
lichen Einigungen stehen den Berechtigten nach Massgabe  
der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung  
zu I, 1) DM 12000,-
- 2) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung  
zu I, 2) DM 7500,-
- 3) Aus der Entscheidung/gütlichen Einigung  
zu I, 3) DM

Der Anspruch vermindert sich gemäss § 23 BRUG um DM  
auf DM

Der hiernach insgesamt geschuldete Goldbetrag wird auf

DM 19500,-

(i.W.: NEUNZEHN TAUSEND FÜNFHUNDERT  
Deutsche Mark)

festgestellt.

III.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszusahlen.

~~Von dem zu Ziffer II festgestellten Betrag sind nach § 32 BRUG zu zahlen~~

~~1) bis spätestens zum 31.3.1959 DM~~

~~2) bis spätestens zum 31.3.1961 DM~~

~~Der verbleibende Restbetrag von DM  
ist grundsätzlich bis zum 31.3.1962 zu zahlen.~~

~~Im Falle des § 32 Abs. 5 BRUG vermindert sich der Rest -  
betrag auf einen nach dieser Vorschrift zu ermittelnden  
Hundertsatz.~~

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen  
des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von  
4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen  
des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden  
bis zum 31.12.1962 befriedigt.

V.

~~III~~

Auf die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden  
Zahlungen werden gemäss § 36 BRUG die folgenden Vorleistungen/  
Darlehen angerechnet.

1. Darlehen von DM 5000,- mit Wirkung vom 1.4.1956

2. Darlehen von DM 5000,- mit Wirkung vom 30.4.1957

VI.

Die nach Ziffer III und IV jeweils zuerst zu leistenden  
Zahlungen werden, soweit eine Anrechnung nach Ziffer V nicht  
erfolgt, bis zur Höhe von DM gemäss § 37 BRUG an  
das Land bewirkt.

VII.

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziffer V und Ziffer VI verbleibenden Betrag sind die nach Ziffer III und Ziffer IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen bis zur Höhe von DM            an die Berechtigten zu zu bewirken.

VIII. 21

Stehen d<sup>em</sup> Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geld - ansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

## IX. 11

G r ü n d e s

pp.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRÜG. - Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRÜG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

X. 111

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 (3) Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

Perseus and Calliope:

R. m. v.

C. B. R. R. R.  
Ry. - etc.

formale

Durch diese in ~~2~~ Ziffern I + II gemessenen Berechnung ist  
festgestellt worden, dass das Deutsche Reich verpflichtet ist,

dem Berechtigten für am 20.9.1949 entgangenes Erwerbs-  
gut im Gesamtwert von RM 13.000,- Schadensersatz zu  
leisten.

Genügs § 16 Abs. 1 BRUG lautet mit einer Höhe des <sup>zu leistenden</sup>  
Schadensersatzes betragen, <sup>bei dem Berechtigten ein Grund dieses Begriffs</sup>  
nach dem Wideraufbau.

Der entgangene Vermögensgegenstand am 1.4.1936, Dieser Wider-  
aufbauwert wird aus dem in der Anlage wieder-  
gegebenen Grundes auf DM 19.500,- festgestellt.

Die Wertungsgewinnung steht dem Berechtigten nicht zu.  
Die Vorteile, die der Gebrauch des Vermögensgegenstandes gewährt hätte,  
wird gemäß § 16 Abs. 2, Satz 1, BRUG, kein Ersatz  
geleistet. Sonstige Wertungen sind nicht aufzuführen.  
Der Berechtigte <sup>steht</sup> daher ~~kein~~ Schadensersatz zu-  
~~stehen~~ in Höhe von DM 19.500,-.

Bei Erfüllung dieses Anspruches <sup>gemäß</sup> nach § 36 BRUG,  
die dem Berechtigten gewährten Darlehen ~~gegen~~  
~~Zinsen~~ in Höhe von insgesamt DM 10.000,-  
anzusuchen, so dass zur Abschaffung DM 9.500,-  
verbleiben.

VP.



12. MAI 1958 13. MAI

15

Hamburg 13, den 12. Mai 1958

44 12 91/App.32 Fe

V.F. 2.

Mit Postzustellungsurkunde!

Gezeichnet 9/5 PC  
Gekauft  
Am 13. MAI 1958

58  
a Only. Rom  
i m.

Betr.: Rückerstattungssache Dr. Felix Benno Arnheim.  
Anlg.: 1 Bescheid - zweifach.

Anliegend übersende ich Ihnen einen Bescheid nach dem Bundes-  
rückerstattungsgesetz mit einer für Ihre Unterlagen bestimmten  
beglaubigten Durchschrift.

Der Restbetrag in Höhe von DM 9.500.- des in diesem Bescheid festgestellten Anspruchs wird in Kürze - wie im Fragebogen angegeben - auf das liberalisierte Kapitalkonto des Berechtigten bei der Deutschen Bank AG in Hamburg überwiesen werden.

Im Auftrag  
(Polack)  
Regierungsassessor

für Berolus-Strak.

16/5.58

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT  
14 - III - ZK: 423 129

Köln, den

8. Mai 1958 16

**Sprechstunden  
nur dienstags**

An die  
Oberfinanzdirektion

~~- Bank für Sozialwesen und Bank für Sozialleistungen -~~

in ~~XXXXXX~~ H a m b u r g  
Hartungstrasse 5

Oberfinanzdirektion	
Am	12. MAI 1958
Bis	13. MAI 1958
42	

Betr.: BEG, Entschädigungsantrag Felix Benno A r n h e i m

hier Rückerstattungssache: Dr. Felix Benno A r n h e i m -

Bezug: Ihr Schreiben vom - ohne Datum -

Aktenzeichen: O 1488- A 101 - BV 33/331 - Reg.Nr. 355 -

Auf das Bezugsschreiben teile ich Ihnen mit, daß ich gegen die Auszahlung des in Ihrem Bescheid-Entwurf vom - ohne Datum - angeführten Betrages keine Bedenken habe.

Wegen des bei Ihnen geltend gemachten Abspruches sind keine Rückerstattungsansprüche auf die Entschädigungsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen übergegangen.

Im Auftrage:

*Kuppel*

*V.  
für Betriebsrat.*

*16/5.58*

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- 0 1488 - A 101 - BV 42/421 -

Entwurf

Hut

Ausg. DV verw.

Nr.

- 2 JUNI 1958

Reg. Nr. 355

1. Ausfertigung für 0804-350  
2. .. Vermögensbuchhaltung  
3., 4., 5. .. Werteverwaltung

1. Anordnungsbegründung: Auf Grund des von der Oberfinanzdirektion Hamburg am 9. Mai 1958 erteilten Bescheides steht dem Berechtigten Herrn Dr. Felix Benno Arnheim ein Rückerstattungsanspruch in Höhe von DM 19.500,- zu. Auf diesen Betrag sind die dem Berechtigten bereits gewährten Darlehen von DM 10.000,- anzurechnen, so dass noch ein Betrag von DM 9.500,- ausbezahlt ist.

Auszahlungsanordnung für die Amtskasse für Bundesvermögen

Verb. Stelle: Kap. 0804 Tit. 350 Rj. 19 58

Auszahlen sind

9.500,-

DM

(i. W.) Neuntausendfünfhundert (DM)

Herrn Dr. Felix Benno Arnheim,

an:

9. Heathway Court, Finchley Road Hamstead, London NW 3, England

liberalisiertes Kapitalkonto bei der Deutschen Bank A.G. Hamburg

Buchungsanweisung für die Vermögensrechnung (§ 65 VBRO)

Rj. 1958

Buchungsstelle 0804 - 10

Vermögensgr. 4313/09

Kto. Nr.

in das Vermögenssachbuch (Vermögenskartei) einzutragen.

lfd. Nr.

Datum

Der Vermögensbuchhalter der Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, im Vermögenssachbuch Abschnitt für in RM festgestellte Rückerstattungsansprüche unter nebenstehender Buchungsstelle

10.000,-

DM

(i. W.) Zehntausend (DM)

als Abgang ohne haushaltsmäßige Zahlung zu buchen.

(Unterschrift)

Auslieferungsanordnung.

Wertekontobuch C S. 134 Nr. 542  
Wertekontobuch C 2 151 2161  
Wertekontobuch C

Die Amtskasse für Bundesvermögen wird angewiesen, den mit Annahmeanordnung

v. 25.6.55 über 5.000,- DM (i. W.) Fünftausend (DM)  
v. 9.5.55 über 5.000,- DM (i. W.) Fünftausend (DM)  
v. 26.1.16.1.57 über 5.000,- DM (i. W.) Fünftausend (DM)  
v. über DM (i. W.) (DM)  
v. über DM (i. W.) (DM)

Darlehensnehmer: Dr. Benno Felix Arnheim, 9, Heathway Court, Finchley Road, Hamstead, London NW 3, England

an BV 42 V.A. Koceljda

herauszugeben.

erhalten:

Hamburg, den

4.6.58

9 Roc. 2 x

Sachlich richtig und festgestellt

Verträge i. u. D. d. Güte 33-35 abgekl. 9 Roc 46

Hamburg, den

31. Mai 1958

(Kühler) R. J.

(Amtsbezeichnung)

I. A.

(Friedert)  
Oberregierungsrat

2/ DV 4102 3/6.  
3/3 A A

11.07.58

Reg. Nr. 355 /

Durchschrift

## Bescheid

Auf Grund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz — BRüG —) vom 19. 7. 1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg

dem Berechtigten:

Dr. Felix Benno Arnheim  
9. Heathway Court, Finchley Road  
Hampstead, London NW 3, England ✓

als Rechtsnachfolger nach

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Otto Siems  
Hamburg - Othmarschen  
Reventlowstraße 46 ✓

folgenden Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Entscheidungen / und / gütlichen Einigungen zu Grunde:

- 1) Teilbeschluss des Landgerichts Hamburg - 1. Wiedergutmachungskammer - vom 25.7.1951, Az. WIK 341/50  
Z 456
- 2) Beschluss des Landgerichts Hamburg - 1. Wiedergutmachungskammer - vom 26.10.1951, Az. WIK 341/50  
Z 456

II.

Aus den in Ziffer I aufgeführten Entscheidungen stehen dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgende Ansprüche zu:

- 1) Aus der Entscheidung zu I,1) DM 12 000,— ✓
- 2) Aus der Entscheidung zu I,2) DM 7 500,— ✓

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 19 500.—

(i. H.: Neunzehntausendfünfhundert Deutsche Mark) ✓

festgestellt.

III.

Der in Ziffer II festgestellte Betrag ist bis spätestens 31.3.1959 auszuführen.

IV.

Der zu Ziffer II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34 BRUG unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 4 vom Hundert vom 1.4.1956 ab zu verzinsen. Die im Rahmen des § 34 BRUG etwa zu erfüllenden Zinsansprüche werden bis zum 31.12.1962 befriedigt. ✓

V.

Auf die nach Ziffer III zu leistenden Zahlungen werden gemäß § 36 BRUG die folgenden Darlehen angerechnet:

1. Darlehen von DM 5 000,— mit Wirkung vom 1.4.1956 ✓
2. Darlehen von DM 5 000,— mit Wirkung vom 30.1.1957 ✓

VI.

Stehen dem Berechtigten neben den in Ziffer II aufgeführten Ansprüchen weitere Rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRUG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil-Bescheid. ✓



VII.

Gründe:

Durch die in Ziffer I, 1 und 2 genannten Beschlüsse ist festgestellt worden, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Berechtigten für am 20.9.1941 entzogenes Umzugsgut im Gesamtwert von RM 13 000,— Schadensersatz zu leisten.

Gemäß § 16 Abs. 1 BRUG bemißt sich die Höhe des Schadenersatzbetrages, der dem Berechtigten auf Grund dieser Ansprüche zusteht, nach dem Wiederbeschaffungswert des entzogenen Umzugsgutes am 1.4.1956. Dieser Wiederbeschaffungswert wird aus den in der Anlage wiedergegebenen Gründen auf DM 19 500,— festgesetzt.

Eine Nutzungsvergütung steht dem Berechtigten nicht zu. Für Vorteile, die der Gebrauch des Umzugsgutes gewährt hätte, wird gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1, BRUG, kein Ersatz geleistet. Sonstige Nutzungen sind nicht entgangen. Der Berechtigte erhält daher Schadensersatz in Höhe von

Bei Erfüllung dieses Anspruchs <sup>sind</sup> nach  
§ 36 BRUG die dem Berechtigten gewährten Darlehen in Höhe von insgesamt

DM 19 500,—. ✓

DM 10 000,—

anzurechnen, so daß zur Auszahlung

DM 9 500,—

=====

verbleiben.

Der in Ziffer IV genannte Anspruch auf Verzinsung des Gesamtbetrages ab 1.4.1956 ergibt sich aus § 34 BRUG. Danach sind die festgestellten Ansprüche ab 1.4.1956 zu verzinsen, sofern der nach voller Befriedigung aller festgestellten Rückerstattungsansprüche verbleibende Rest des in § 31 BRUG genannten Gesamtbetrages von 1,5 Mrd. Deutsche Mark noch nicht erschöpft ist. Falls der Restbetrag zu einer vollen Befriedigung der Zinsansprüche nicht ausreicht, verringert sich dieser Anspruch auf einen noch zu errechnenden Hundertsatz.

VIII.

Gegen diesen Bescheid kann binnen einer Frist von 6 Monaten nach Zustellung ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Hamburg gestellt werden.

Im Auftrag

gez.

( Polack )

Regierungsassessor



beglaubigt

*Medler*

Kanzleigestellte



Betr.: Feststellung des Wiederbeschaffungswertes per 1.4.1956 von entzogenem Hausrat bzw. entzogenem Umzugsgut.

Der Wert der entzogenen Hausratsgegenstände im Zeitpunkt der Entziehung ist durch den im Bescheid näher bezeichneten Beschluß (Vergleich) festgestellt worden. Durch die inzwischen eingetretene Rechtskraft dieses Beschlusses sind Einwendungen gegen die Höhe des festgestellten Entziehungswertes abgeschnitten. Die Oberfinanzdirektion kann und muß daher diesen Wert ihren Feststellungen unbeschadet zu Grunde legen. Sie hat sich darauf zu beschränken, festzustellen, wie sich dieser Wert infolge der zwischenzeitlich eingetretenen Preissteigerungen verändert hat. Zu diesem Zweck ist eine Auskunft des Statistischen Bundesamtes eingeholt worden. Aus dieser Auskunft vom 4.12.1957 ergibt sich, daß im April 1956 die Preise für die Gegenstände, aus denen sich normalerweise entzogener Hausrat bzw. entzogenes Umzugsgut zusammensetzt, nämlich für Möbel aus Holz, Polstermöbel, Hausrat aus Glas, Porzellan und Steingut, Gardinen, Teppiche, Möbel- und Behangstoffe, Bett-, Haus- und Küchenwäsche, Bekleidung und Schuhe auf 172% des Standes von 1940, auf 167% des Standes von 1941 und auf 163% des Standes von 1942 gestiegen sind. Diese Preissteigerung ist allerdings nur bei neuen Sachen eingetreten. Die Preise für Gebrauchsgüter sind seit dem Entziehungszeitpunkt nicht annähernd in diesem Maße gestiegen. Von Sachverständigen, die von den Hamburger Gerichten ständig herangezogen werden, ist diese Tatsache in anhängigen Rückerstattungsverfahren mehrfach bestätigt worden. Diese Sachverständigen gehen davon aus, daß der Reichsmark-Entziehungswert im Verhältnis 1:1 auf Deutsche Mark umgestellt den Wiederbeschaffungswert ergibt.

Da die entzogenen Sachen zum großen Teil gebraucht gewesen sind, ist es nicht möglich, den Wiederbeschaffungswert in Höhe der vollen für Neuwaren ermittelten Preissteigerung festzusetzen. Es ist aber auch nicht richtig, nur deshalb, weil es sich um gebrauchte Sachen handelt, den Wiederbeschaffungswert per 1.4.1956 dem Entziehungswert ohne Rücksicht auf die inzwischen gestiegenen Preise gleichzusetzen. Da eine gerechte Schadensberechnung in diesen Fällen sowohl den Wert der Sachen auf dem Gebrauchsgütermarkt als auch deren Neuwert abzüglich einer gewissen Abschreibung für die Benutzung zu berücksichtigen hat (vgl. OLG Düsseldorf vom 8.1.1957 RZW 1957 S.73), muß auch der zur Errichtung des Wiederbeschaffungswertes zu ermittelnde Umrechnungsfaktor diesen beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen und von einem Mittelwert zwischen Preissteigerung für Neuwaren und Preissteigerung für Gebrauchsgüter ausgehen. Aus diesen Erwägungen heraus hält die Oberfinanzdirektion einen Umrechnungsfaktor von 1,5 für angemessen, d.h. der Wiederbeschaffungswert des entzogenen Hausrates per 1.4.1956 wird auf das 1 1/2fache des Entziehungswertes in Deutscher Mark festgesetzt.

Ständemerkmal: ~~Landbauverwaltung~~  
beim Oberfinanzdirektion Berlin

Gesch.-Z.: V 712 - VV 6030

Erf.-Nr.: 63 766

1 Berlin 12, 24. Juli 1968

Postfach

Fasanenstraße 87, Zimmer 63

Fernruf 51 08 91, Apparat 269

Oberfinanzdirektion Hamburg

2 Hamburg 13

Postfach

Betrifft: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
Dr. Felix Benno Arnheim

Bezug: RE-Verfahren 83 WGA 1688/66

WiK 341/59 LG Hamburg

Z 456

Zugunsten des/der Berechtigten:

Name	Vorname	Geburtsdatum und -ort	Letzter inländi- scher Wohnsitz
Dr. Arnheim	Felix Benno	27.11.1898 Königsberg/Pr.	Königsberg i.Pr. von 1933-1939

Geschädigte(r):

wie oben

liegen hier Rechtstitel vor.

~~Der/Die Berechtigte(n)/Geschädigte(n) hatte(n) seinen/ihren letzten inländischen Wohnsitz in ihrem Bezirk.~~ Ich bitte daher um Mitteilung, ob dort bereits nach dem Bundesrückerstattungsgesetz zu erfüllende Rückerstattungsansprüche rechtskräftig festgestellt wurden und ob Sie für die Durchführung des Erfüllungsverfahrens gemäß §§ 38 ff BRUG zuständig sind. Gegebenenfalls werde ich Ihnen einen internen Teilbescheid für die hier zuerkannten Ansprüche übersenden.

Im Auftrag

1.) Verfy. besonder.

2.) Zm. BA.

  
(Treter)

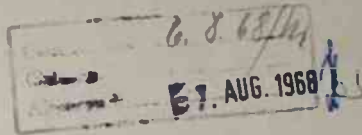
1. A.

(Föllmer)  
ORR

B 7 48.68

Hamburg, den 6. August 1968  
app. 42

vtg



1.) An die  
OFD - Berlin

1 Berlin 12, Fasanenstr. 87, Zim. 63

Befo.: Rückersatzung des Beschlusses  
Dr. Felix Benno Ankeim geb. 27. 11. 1898

Meng.: Hier Schreiben vom 24. 7. 1968

gesch.-B.: V 712 - VT 6030

Auf.-Nr.: 63 766

Ergebnisse des Obengenannten sind hier Anträge  
an eigenes Recht festgestellt worden. Ich habe bereits  
einen Bescheid erteilt und bitte um Übersendung  
eines weiteren Bescheides.

Sollte für die dortigen Anträge ein Fragebogen  
des Berechtigten vorliegen, wird um Übersendung  
einer beglaubigten Abschrift gebeten.

2.) Zur BA

7 17

(Zöllner)  
ORR

17. 9. 68

6. AUG. 1968



~~Niederfinanzdirektion~~ ~~Bankverwaltung~~  
Oberfinanzdirektion Berlin

1

Berlin 12. 23. AUG. 1968

Postfach

Fasanenstraße 87, Zimmer 63

Fernruf 31 08 91, Apparat 269

Gesch.-Z.: V 712 - 05608VV 6030

Erf.-Nr.: 63 766

Oberfinanzdirektion Hamburg

2 Hamburg 13

Harvestehuder Weg 14

Postfach

~~geheftet~~

28. AUG. 1968

BV 33

28.8.

Betrifft: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
Dr. Felix Benno Arnheim

Bezug: Ihr Schreiben vom 6.8.1968 -VV 6030-101-BA-BV 33/331

Anlagen: 6

/ Da Sie für die Erteilung des Bescheides zuständig sind, über-  
/ sende ich Ihnen einen internen Bescheid.

/ Je eine beglaubigte Abschrift des internen Bescheides und des/  
/ ~~den~~ ihm zugrunde liegenden Rechtstitel(s) füge ich bei.

Darlehen habe ich nicht gewährt.

Ich habe dem Entschädigungsamt Berlin den internen Bescheid  
zugeleitet und es gebeten, seine Stellungnahme Ihnen unmittel-  
bar zu übersenden.

Den/~~Die~~ Bevollmächtigten/~~Berechtigten~~ habe ich von der Abgabe  
an Sie benachrichtigt.

Ansprüche dritter Personen auf den Ersatzbetrag sind mir nicht  
mitgeteilt worden.

Zahlungen sollen auf folgendes Konto überwiesen werden:

/ siehe beiliegenden Fragebogen.

/ ~~Anfrage bei~~ der BZK füge ich ebenfalls bei *und Stellungnahme*  
*Früher* *des Ref. Präsidiums v. 6.8.68*  
Ich bitte, mir eine Abschrift des von Ihnen erteilten Beschei-  
des zu übersenden.

*erl 4/9.68 ke*

1.) *Anscheid gefertigt*

2.) *Zm BA*

*7.11.*

*2/9 L*  
*(Kleiner)*

*B 2/9.68*

Im Auftrag

*Alpermann*  
Alpermann

23. AUG. 1968

63

269

### Interner Bescheid

Aufgrund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz-BRüG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 2. Oktober 1964 (BGBl. S. 859) erteilt die Oberfinanzdirektion Berlin

d. Berechtigten:

1. Herrn Dr. Felix Benno Arnheim,  
9, Heathway Court, Finchley Road, London N.W.3
2. Land Nordrhein-Westfalen,  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion Köln,  
5 Köln 16, Wörthstr. 1-3, Postfach 29

als Rechtsnachfolger d. Geschädigten: ./.

Bevollmächtigter: zu 1.: Herr Rechtsanwalt Otto Siems,  
2 Hamburg 36, Poststraße 3

folgenden int. Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Rechtstitel zugrunde:

Beschluß der Wiedergutmachungsämter von Berlin  
vom 20.10.1967 83 WGA 1688/66 - Wertpapiere

*Befüllt d. Bescheid  
vom 4.9.1968  
M 33 874*

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht d. Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgender Anspruch zu:

825,85/DM an den Berechtigten zu 1.  
3.030,40/DM an das Land Nordrhein-Westfalen  
3.856,25/DM  
=====

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRüG um DM ./.

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf DM 3.856,25/

(i. W.: DM Dreitausendachthundertsechsfünfzig 25/100)  
festgestellt.

Oberfinanzdirektion Berlin

Postfach

Fasanenstraße 87, Zimmer

63

Fernruf 31 08 91, Apparat

269

Gesch.-Z.: v 712 - VV 6030

Erf.-Nr.: 63 766

# Interner Bescheid

Aufgrund der §§ 38, 39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz-BRüG) vom 19. 7. 1957 (BGBl. S. 734) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 2. Oktober 1964 (BGBl. S. 839) erteilt die Oberfinanzdirektion Berlin

d. Berechtigten:

1. Herrn Dr. Felix Benno Arnheim,  
9, Heathway Court, Finchley Road, London N.W.3
2. Land Nordrhein-Westfalen,  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion Köln,  
5 Köln 16, Wörthstr. 1-3, Postfach 29

als Rechtsnachfolger d. Geschädigten: ./.

Bevollmächtigter: zu 1.: Herr Rechtsanwalt Otto Siems,  
2 Hamburg 36, Poststraße 3

folgenden int. Bescheid:

I. Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Rechtstitel zugrunde:

Beschluß der Wiedergutmachungsämter von Berlin  
vom 20.10.1967 83 WGA 1688/66 - Wertpapiere -

II. Aus den in Ziff. I aufgeführten Rechtstiteln steht d. Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRüG folgender Anspruch zu:

825,85 DM an den Berechtigten zu 1.  
3.030,40 DM an das Land Nordrhein-Westfalen  
3.856,25 DM  
=====

Der Anspruch vermindert sich gemäß § 23 BRüG um DM ./.

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf DM 3.856,25

(i. W.: DM Dreitausendachthundertsechsfundfzig 25/100)  
festgestellt.



Wiedergutmachungsämter  
von Berlin

1 Berlin 61.  
Alte Jakobstraße 148-155  
Tel.: 61 03 41 -App.: 40

sch

Akte.: 83 10A 1600/66

Reg.Nr.: 6/10 480/4

### B e s c h l u ß

In dem Rückerstattungsverfahren

- 1.) des Landes Nordrhein-Westfalen,  
vertreten durch die Oberfinanzdirektion Köln,  
5 Köln 16, Poststr. 1-3, Postfach 39,  
- VV 6130 9 - Nr 2 - VI 320 -
- 2.) des Hr. Felix Benno A r a h n e i m ,  
9 Heathway Court, Finchley Road, London N.4. 3. England,

Antragsteller:

-Verfahrensbevollmächtigte Dr. Otto G i e s s e,  
2 Bentum 30, Poststrasse 3,

g e g e n

das Deutsche Reich,  
im Lande Berlin vertreten durch die Sondervermögens- und  
Bauverwaltung bei der Oberfinanzdirektion Berlin,  
1 Berlin 12, Fasanenstraße 87,  
- V 56a - VV 6030 -

Antragsgegner:

hat das Wiedergutmachungsamt

durch d. Richter

Dr. h. c. h. Dr. v. 20. Oktober 1967

beschlossen:

- 1.) Der Antragsteller wird verurteilt, an die Antragsteller die  
Frente für die Entschädigung folgender Wertpapiere des Antrag-  
stellers Hr. Felix Benno A r a h n e i m bei der Bank der  
Ostpreussischen Landeskasse in Königsberg/Drs.:

DE 2.000,— 7 1/2 Deutsche Reichsbahn-Vorr.Aktien  
DE 2.629,— 4 1/2 Koob. Centr. 10-Markbr.  
DE 8.000,— 4 1/2 Hr. Centr. Stadtsch. Gpse  
DE 2.000,— 7 1/2 Deutsche Reichsbahn-Vorr.Aktien

folgende Beträge zu zahlen:

a) an das Land Nordrhein-Westfalen

DE 3.030,40

(in Worten: Dreitausendunddreißig 40/100 Deutsche Mark der  
Deutschen Bundesbank)

b) an den Antragsteller Hr. Felix Banno Arnheim

DM 835,09

(in Worten: Achtehundertfünfundzwanzig 09/100 Deutsche Mark der Deutschen Bundesbank).

Die Verurteilung erfolgt mit der Festgabe, dass die Zahlung der Prozeßkosten gemäß den Bundeserbkammerstatutengesetz erfolgt.

Damit sind alle Ansprüche aus diesen Verfahren erledigt.

2.) Die Entscheidung angeht gemäß Artikel 69 Bundeserbkammerstatutengesetz (BEG) kostenfrei.

Gegen die Entscheidung kann jeder Beteiligte die Entscheidung der Niederschuttschlichtung beim Landgericht Berlin durch Einspruch anrufen. Der Einspruch muss binnen eines Monats, bei Wohnort im Ausland binnen dreier Monate, bei der Niederschuttschlichtung von Berlin eingegangen sein.

Die Frist beginnt, sobald die Entscheidung zugestellt ist.

### G r ü n d e

Dem jüdischen Geschädigten Hr. Felix Banno Arnheim sind die in der Beschlussformel bezeichneten Vermögenswerte durch das Deutsche Reich in Königsberg/Preußen enteignet worden. Sie wurden später in den Geltungsbereich des Bundeserbkammerstatutengesetzes verbracht und verwertet. Die Antragsteller verlangen teils aus eigenem Recht, teils als legitimierte Rechtsnachfolger, Rückzahlung.

Der Anspruch ist gemäß Artikel 1, 2 und 27 BEG sowie § 9 und § 35 Bundeserbkammerstatutengesetz (BEG) begründet.

Der Antragsteller hat insoweit keine Einwendungen erhoben.

Der Antrag war deshalb gemäß Artikel 56 Abs. 1 BEG stattzugeben.

1 Berlin 61, den 20. Oktober 1967  
Niederschuttschlichtung 83

Geo. F r h a r d t

Die Übereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift wird hiermit beglaubigt.  
Berlin, den 22. AUG. 1968



*[Handwritten Signature]*  
Richter

Oberfinanzdirektion Berlin

1 Berlin 12  
Fasanenstraße 87

29 4  
**Eingang:**  
Anlagen:

**Fragebogen**

1 2. JULI 1968 3

Oberfinanzdirektion Berlin

Gesch.-Z.: V 7111 - VV 6030

Erf.-Nr.: 63 766

**1. Personalangaben des Berechtigten:**  
gegebenenfalls des Testamentsvollstreckers:

- a) Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Geburtsdatum und Geburtsort:
- c) jetzige Anschrift:
- d) Wohnsitz im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder West-Berlin oder dauernder Aufenthalt (auch Lageraufenthalt) in Deutschland
  - aa) in der Zeit vom 30. 1. 1933 bis 8. 5. 1945
  - bb) nach dem 8. 5. 1945
- e) bei Minderjährigen Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters:

Dr. Arnheim, Felix Benno

27.11.1898 Königsberg Pr.  
9, Heathway Court, Finchley Road,  
London, N.W.3.

Königsberg Pr. (30.1.33 bis 8.8.39)

entfaellt

entfaellt

**2. Personalangaben des Verfolgten:**  
(nur auszufüllen, wenn Berechtigter nicht personengleich mit dem Verfolgten ist)

- a) Name und Vorname:  
(bei Frauen auch Geburtsname)
- b) Geburtsdatum und Geburtsort:
- c) Verstorben am:
- d) Wohnsitz im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland oder in West-Berlin oder dauernder Aufenthalt (auch Lageraufenthalt) in Deutschland
  - aa) in der Zeit vom 30. 1. 1933 bis 8. 5. 1945
  - bb) nach dem 8. 5. 1945

wie oben

**3. Angabe der Beschlüsse und Vergleiche in Rückerstattungsverfahren nach dem BRÜG, die Gegenstand des vorliegenden Erfüllungsverfahrens sind:**

Beschluß/Vergleich vom 20.10.1967  
Aktenzeichen: 83 WGA 1688/66

**4) Liegen außer den in Ziffer 3 aufgeführten Rechtstiteln weitere Beschlüsse oder Vergleiche über rückerstattungsrechtliche Geldverbindlichkeiten nach dem BRÜG vor?**

- a) für Sie allein
- b) für den Verfolgten
- c) für Sie gemeinsam mit anderen Berechtigten

(Anzugeben ist die Rückerstattungsbehörde mit Datum und Aktenzeichen des Beschlusses oder des Vergleichs)

LG. Hamburg - Wk 341/50  
2 456

Beschluesse vom 25.7.51 und 26.10.1951

ja

entfaellt

**5. Haben Sie allein oder gemeinsam mit anderen Berechtigten weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche geltend gemacht, über die noch nicht entschieden worden ist?**

(Angabe der Rückerstattungsbehörde und des Aktenzeichens)

Nein

<p>6. Sind aus den in Ziffer 3 bis 5 genannten Verfahren Ansprüche ganz oder teilweise abgetreten, verpfändet oder gepfändet worden? Gegebenenfalls ist anzugeben: a) welche Ansprüche b) in welcher Höhe c) Name und Anschrift des Abtretungsempfängers oder Gläubigers.</p>	<p>Nein</p>
<p>7. Sind auf die in Ziffer 3 bis 5 genannten rückerstattungsrechtlichen Geldansprüche bereits Zahlungen geleistet worden? Gegebenenfalls ist anzugeben: a) von welcher Stelle, b) in welcher Höhe, c) an Sie allein, an den Verfolgten, an Sie gemeinsam mit anderen Berechtigten.</p>	<p>Volle Zahlung ist geleistet in Bezug auf Ziffer 4</p> <p>Oberfinanzdirektion Hamburg</p> <p>DM 19 500,-- an mich <i>allein</i></p>
<p>8. Haben Sie, der Verfolgte oder Sie gemeinsam mit anderen Berechtigten <b>Entschädigungsansprüche</b> angemeldet? Gegebenenfalls ist anzugeben: a) wer hat den Anspruch angemeldet, b) nach welchem Geschädigten, c) bei welcher Entschädigungsbehörde, d) unter welchem Aktenzeichen.</p>	<p>ja</p> <p>persönlich</p> <p>Köln 14 I/1 ZK. 423.129</p>
<p>9. Haben Sie einen Bevollmächtigten für das rückerstattungsrechtliche Erfüllungsverfahren bestellt? Gegebenenfalls sind Name und Anschrift des Bevollmächtigten anzugeben.</p>	<p>Rechtsanwalt Otto Siems, 2000 Hamburg 36, Poststr. 3</p>
<p>10. An welche Stelle sollen die Zahlungen nach dem Bundesrückerstattungsgesetz geleistet werden? (bei mehreren Berechtigten ist ein gemeinsames Konto anzugeben) Genaue Kontobezeichnung ist wichtig!</p>	<p>Bank: Deutsche Bank Hamburg</p> <p>Konto-Nr.: 7/01 359</p> <p>Kontoinhaber: RA. Otto Siems</p>
<p>11. Sonstige Bemerkungen des Berechtigten: (Gegebenenfalls Anlage beifügen)</p>	

Alle Fragen sind in jedem Fall zu beantworten, gegebenenfalls negativ (zum Beispiel mit „entfällt“).

Ich versichere, daß ich meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

London, den 6. Juli 1968.  
(Ort) (Datum)

*Dr. Felix Brunk*

(Eigenhändige Unterschrift der Berechtigten, Vor- und Familienname)



OBERFINANZDIREKTION BERLIN  
Gesch.-Z.: V 7111- VV 6030  
Erf.-Nr.: 63 766

5  
1 Berlin 12, 28. Juni 1968  
Postfach  
Fasanenstraße 87, Zimmer 63  
Fernruf 31 08 91, Apparat 269

Landesrentenbehörde  
Bundeszentalkartei

4 Düsseldorf

Tannenstr. 26

Betrifft: Auskunfterteilung gemäß Erlass des Herrn Bundesministers  
der Finanzen vom 2. Juli 1957 V B/4 - C 1480 - 197/57

Ich bitte, in den Spalten 2 und 3 anzugeben, bei welcher Entschädi-  
gungsbehörde die nachstehend aufgeführten Personen Ansprüche nach  
dem BEG geltend gemacht haben, und dabei zu vermerken, ob die An-  
sprüche aus eigener Verfolgung oder nach einem anderen Verfolgten  
(Geschädigten) angemeldet worden sind.

1 Name, Vorname u. Geb.-Datum:		2 Entschädigungsbehörde:	3 Az./Reg.-Nr.:
Dr. Arnheim, Felix Benno 27.11.1898		zu 1. Köln Eigenschaftspr.	423129
2			
3			
4			
5			

Im Auftrag

*Mertens*  
(Trotter)

Landesrentenbehörde  
Bundeszentalkartei

Az.: 29 110/1 - 5

Durchschrift zurück an

OBERFINANZDIREKTION BERLIN

mit den Eintragungen zu den Spalten 2 und 3. Wir werden Sie  
informieren, falls noch Karten für den (die) Genannte (n)  
eingehen sollten.

Düsseldorf, den 12. Juli 1968

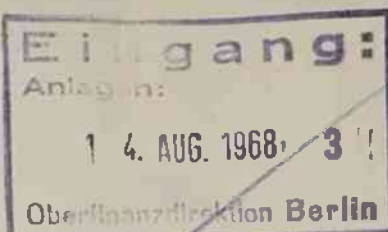
Im Auftrag

A. A.  
*Kückhörn*

# Der Regierungspräsident

56.I/2 - ZK 423 129 -

Im Antwortschreiben bitte dieses Geschäftszeichen angeben



Postanschrift: 5 Köln 1, Postfach 1448

An die  
Oberfinanzdirektion

1 Berlin 12  
Fasanenstraße 87

5 Köln, 6. August 1968

Zeughausstraße 4  
Telefon 20901 - Durchwahl 2090  
Fernschreiber 08881 451

Sprechzeiten  
dienstags und donnerstags von 8.30 - 12.30 Uhr  
Wiedergutmachungsdezernat Krebsgasse 5-11  
nur dienstags von 8-17 Uhr

Betr.: Rückerstattungssache wegen Entziehung von Wertpapieren in Königsberg  
für Herrn Dr. Felix Benno A r n h e i m , geb. 27.11.1898

Bezug: Ihr Schreiben vom 24.7.1968  
Aktenzeichen: V 712 - VV 6030  
Erf. No. 63 766

Auf das Bezugsschreiben teile ich Ihnen mit, daß dem Berechtigten von mir  
Entschädigung für den bei Ihnen geltend gemachten Tatbestand zuerkannt wurde.  
Soweit ich feststellen konnte, sind wegen des bei Ihnen geltend gemachten  
Anspruches Rückerstattungsansprüche auf die Entschädigungsbehörden des Landes  
Nordrhein-Westfalen in Höhe von 3.030,40 DM übergegangen. Auf den Bescheid der  
Wiedergutmachungsämter von Berlin vom 20.10.1967 - 83 WGA 1688/65 Reg. Nr.  
G/10 488/A nehme ich Bezug.



Beglaubigt  
*Fürch*  
Regierungsangestellte

Im Auftrag

gez. H a h n e



Oberfinanzdirektion Hamburg  
VV 6030 - A 101- BA - 80 33/337

Hamburg, den 2. Sept 1968  
Akto 42

Reg.Nr.: 7647

Vfg.

Geschrieben	3.9.68/4
Gelesen	
Abgemittelt	

- 1) BV 3111: Ins Besch.-Reg. eintragen und Karteikarte fertigen bzw. ergänzen: *Am 2/6.68*
- 2) Kanzlei: Fertige von dem anliegenden Bescheid  
    2 Reinschriften      3 Durchschriften
- 3) Mitteilung an die Entschädigungsbehörde: *zufällig*  
    *1. 17. 30/3. 1968*  
    Az.: \_\_\_\_\_  
    geb. am: \_\_\_\_\_

80 3112 *Bescheid bitte zu prüfen*

*1. bzgl. Durchschriften OFD Person  
zu Hamburg: erl 4/4.68 Ke*

~~unter Beifügung eines Entwurfs des Bescheides.~~

- 4) Kontrollmitteilung an das Finanzamt: *zufällig*
- 5) BV 3111: Zur Eintragung nach Abgang an die Entschädigungs-  
    behörde.
- 6) zur BA

Im Auftrag

*(Münster)*

*A 2/9.68*

Reg.Nr. 7647

V f g.

Geschrieben	3.9.68/K
Unterschied	
Abgehandelt	

2. B e s c h e i d

Auf Grund der §§ 38,39 des Bundesgesetzes zur Regelung der rückerstattungsrechtlichen Geldverbindlichkeiten des Deutschen Reichs und gleichgestellter Rechtsträger (Bundesrückerstattungsgesetz - BRÜG) vom 19.7.1957 (Bundesgesetzblatt I, S. 734) in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes zum Bundesrückerstattungsgesetz vom 2.10.1964 (Bundesgesetzblatt I, S. 809) erteilt die Oberfinanzdirektion Hamburg, de *RA*... Berechtigten

1.) *Herrn Hr. Felix Meunier Anheim*  
*9, Heathway Court, Finchley Road,*  
*London N.W.3 / England*

2.) *dem Land Nordrhein - Westfalen*  
*betreffend durch die Oberfinanzdirektion Köln,*  
*5 Köln 16, Wirthstr. 4-3, Postfach 29*

als Rechtsnachfolger nach \_\_\_\_\_

3<sup>te</sup>) Bevollmächtigter: *RA Otto Siems*  
*2 Hamburg 36, Postkassette 3*

*mit Rücksicht auf den Bescheid vom 9.5.1958 - Reg.Nr. 355-*

folgenden - weiteren - Bescheid:

I.

Dem Bescheid liegen die nachstehend aufgeführten Rechtstitel zugrunde:

*Abschluß der Wiedergutmachungsänderung von Berlin  
vom 20.10.1967 - 83 WGA 4688/66 - Wertpapier -*

II.

Aus dem in Ziffer I aufgeführten Rechtstitel steht dem Berechtigten nach Maßgabe der §§ 14 bis 26 BRUG folgender Anspruch zu:

*DM 825,85 d. Berechtigten zins)*  
*DM 3.030,40 d. Land Nordrhein-Westfalen*  
*DM 3.856,25*

*Der unter Rückzahlung des dem Berechtigten zins) durch  
Bescheid vom 9.5.1958 festgesetzten Betrages von DM 19.500,--*

Der hiernach insgesamt geschuldete Geldbetrag wird auf

DM 23.356,25

(i.W.: *Dreißendtausendzethundertdreißendsechshundertfünf-*  
*zig. 25/100 . . . . . Deutsche Mark*)

festgestellt.

III.

Von dem in Ziffer II festgestellten Betrag von insgesamt DM 23.356,25 sind bereits gezahlt worden an:

den/die Berechtigte(n) *zn 1)* DM 19.500.--

das Land DM —

den/die Zessionare(n) DM — *DM 19.500.--*

*v. d. Forderung*  
mithin sind gemäß § 32 des Dritten

Änderungsgesetzes zum BRÜG noch zu zahlen

DM 3.856,25

davon an

den/die Berechtigte(n) DM 825,85 *nach Zinsen gem. Ziff. IV.*

das Land *Vordruck - Kaufakt* DM 3.030,40 *die durch den abgetrennten Globalvertrag abgegolten sind.*

den/die Zessionare(n) DM — *zwischen Bund und Ländern zur Regelung der Angelegenheiten des Bundes gemäß § 25 BVerfG nicht mehr zu zahlen sind.*

IV.

Der zu Ziff. II festgestellte Geldbetrag ist im Rahmen des § 34

BRÜG, soweit er am 31.12.1967 noch nicht gezahlt ist, ab

1. Januar 1968 zu verzinsen. Die Zinsen betragen 1 vom Hundert für

jedes angefangene Vierteljahr = *DM 8,26 x 3 = DM 24,78, aufgerundet*

*An den Berechtigten zn 1) zu zahlen insgesamt DM 850,63*

V.

Auf die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden

Zahlungen werden gemäß § 36 BRÜG die folgenden Darlehen ange-

rechnet.

VI.

Die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden Zahlungen

werden, soweit eine Anrechnung nach Ziff. V nicht erfolgt, bis

zur Höhe von DM . . . . . gemäß § 37 BRÜG an das Land bewirkt.

VII.

Von dem unter Berücksichtigung der Ziff. V und VI verbleibenden

Betrag sind die nach Ziff. III und IV jeweils zuerst zu leistenden

Zahlungen bis zur Höhe von DM . . . . . an die Berechtigte(n) zu bewirken.

VIII.

Stehen den Berechtigten neben den in Ziff. II aufgeführten Ansprüchen weitere rückerstattungsrechtliche Geldansprüche gegen die in § 1 BRÜG genannten Rechtsträger zu, so gilt dieser Bescheid als Teil - Bescheid.

Da die Ermittlungen der Oberfinanzdirektion wegen der übrigen Ansprüche die den Berechtigten zustehen, noch nicht abgeschlossen sind (§ 40 BRÜG), ist ein vorläufiger Bescheid zu erteilen.



Gründe:

Der zu Ziffer II. festgesetzte Betrag in Höhe von DM 3.856,25 entspricht dem unter Ziffer I. aufgeführten Posten.

Nicht.

Festgesetzt mit dem Bescheid vom 9.5.1958 - Reg. Nr. 355 - M 19.500. --

Der Anspruch beträgt in Höhe von ... DM 3.856,25  
zu gemäß Ziff. III. dieses Bescheides zu erfüllen.

## X.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Bescheid, soweit ihm d. in Ziffer I. genannte ...  
~~Rechtstitel~~ zugrunde liegt, kann jeder Berechtigte innerhalb  
einer Frist von drei Monaten, - bei Wohnsitz im Ausland innerhalb  
einer Frist von sechs Monaten -, beginnend mit dem Tage der Zustel-  
lung dieses Bescheides, gerichtliche Entscheidung bei der Wieder-  
gutmachungskammer des Landgerichts ... beantragen.

Eine Rechtsmittelbelehrung entfällt, da der vorläufige Bescheid  
selbständig nicht anfechtbar ist.

Dem Berechtigten wird ein endgültiger Bescheid erteilt werden,  
sobald die Ermittlungen gemäß § 40 BRÜG für die weiteren in  
zuerkannten Ansprüche abgeschlossen sind.

Festgesetzt:

Nachgerechnet:

Im Auftrag

*Plum*  
*M. W. K.*

*2/9 '68*  
(Krumm)  
Ref.



OFD Hamburg  
VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

4. September 1968 37

Reg.Nr. 7647

Vfg.

Geschrieben	4.9.68
Gelesen	
Abgesandt	- 6. SEP. 1968

Le.

- 1) Herrn  
Rechtsanwalt  
Otto S i e m s  
H a m b u r g 36  
Poststrasse 3

4.9.68

Betr.: Rückerstattungsverfahren  
Dr. Felix Benno Arnheim

Anlagen: 2. Bescheid, 1 begl. Durchschrift  
mit Empfangsbekenntnis und Freiumschlag

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt !

Nach dem Bundesrückerstattungsgesetz erhalten Sie  
anliegend meinen 2. Bescheid vom heutigen Tage mit einer be-  
glaubigten Durchschrift.

Der hiernach zu zahlende Gesamtbetrag  
in Höhe von

DM 850,63

wird - wie im Fragebogen angegeben - auf Ihr Konto Nr. 7/01 359  
bei der Deutschen Bank A.G. in Hamburg überwiesen werden,  
sobald mir das vollständig ausgefüllte und unterschriebene  
Empfangsbekenntnis vorliegt.

- 2.) BV 11 m.d. Bitte, den Orig.  
Bescheid zu siegeln *abgeh. 6/9.*  
3.) Absendung  
(Eintragung d. Absend. Datums  
und Freiumschlag) *ent. Ba*  
4.) Wvl. mit Eingang d. Empfangsbek.  
spät. 20.9.68  
5.) Zda. BA.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

( Klenner )  
Referent

*mit 8. SEP. 1968*

*R 5/9.68*

OFD Hamburg

4. September 1968

VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

Reg.Nr. 7647

Vfg.

Le.

- 1) An die  
Oberfinanzdirektion Köln  
5 -K ö l n 16  
Wörthstrasse 8 - 3

- 6. SEP. 1968 Ba  
3. d. d. d.

Betr.: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
Dr. Felix Benno Arnheim  
Ihr Az.: VV 6130 B - Ar 2 - VL 223 -

Anlagen: 2. Bescheid  
mit Empfangsbekenntnis und Freiumschlag

In der vorbezeichneten Rückerstattungssache erhalten  
Sie nach dem Bundesrückerstattungsgesetz anliegenden 2. Bescheid  
vom heutigen Tage.

Im Auftrag

- 2.) BV 11 m.d. Bitte, den Orig.  
Bescheid zu siegeln *ed. 6/9* ( Klenner )  
3.) Absendung  
(Eintragung d. Absendungs-  
datums und Freiumschlag ) *ed. Ba.*  
4.) Wvl. mit Eing. des Empf. Bek.  
spätestens 20.9.68  
5.) ZdA. BA. *ed. 9. SEP. 1968*

*Rn 579.68*

Oberfinanzdirektion Hamburg  
Az.: ~~12. SEP.~~  
Eing.: 11. SEP. 1968

39

OFD Hamburg

4. September 1968

VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

Reg.Nr. 7647

Vfg.

Le.

1) An die  
Oberfinanzdirektion Berlin  
1 B e r l i n 12  
Fasanenstrasse 37

Geschrieben 4.9.68  
Gelesen - 6. SEP. 1968  
Abgesandt

Betr.: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
Dr. Felix Beano Arnheim

Bezug: Ihr Schreiben vom 23. August 1968  
Gesch.Zch.: V 712 - VV 6030 -  
Erf.-Nr.: 63 766

Anlage: - 1 - ✓

Anliegend übersende ich beglaubigte Durchschrift des  
von mir erteilten Gesamtbescheides vom heutigen Tage mit der  
Bitte um Kenntnisnahme.

Sollten die Berechtigten gegen den Bescheid gerichtliche  
Entscheidung beantragen, so bitte ich, mich zu unterrichten  
und als Verfahrensvertreterin vor dem dortigen Landgericht auf-  
zutreten.

2) Zda BA.

Im Auftrag

( Klenner )  
Referent

17.9.68

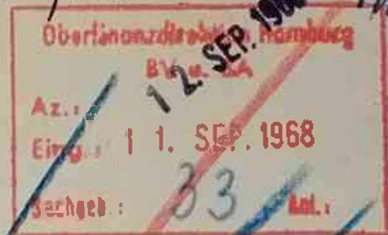
2. / 2. 1971

7.11.  
16.9.68  
(Klenner)

16.9.68

Oberfinanzdirektion Hamburg

rel 16/9.68 Le



Empfangsbekenntnis

über die Zustellung ( § 5 Abs. 2 VwZG )

VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

1 Ausfertigung  
mit begl. Durchschrift

Reg.Nr. ...7647.....  
2.

~~Teil-Ergänzung~~ Bescheid vom 4. September 1968

abgesandt am 6. SEP. 1968 *Be*  
empfangen am 9. Sept 1968

Herrn Rechtsanwalt

Otto S i e m s

2 H a m b u r g 36  
Poststrasse 3

Sofort zurück an :

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- BV und BA -

(Unterschrift und ggf. Stempel  
des Empfängers)

- 1) BO 3412 *Vfg.* Auszahlung  
gem. Bescheid vom 4.9.1968.  
- Nr 33 BA - bitte ausbezahlen

- 2.) Zin BA

FA.  
16.9.68  
(Hermann)

rel 16/9.68 Le  
B 16/9.68



Oberfinanzdirektion Hamburg

16/9.68 Le  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
BV u. BA

Az.:

1 2. SEP. 1968

33

SEP 1968

Empfangsbekenntnis

über die Zustellung ( § 5 Abs. 2 VwZG )

VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

1 Ausfertigung

Reg.Nr. 7647

~~mit begl. Durchschrift~~

<sup>2</sup>  
~~Teil-Ergänzungs-~~ Bescheid vom 4. September 1968

abgesandt am - 6. SEP. 1968 Ba

~~Herrn Rechtsanwalt~~

empfangen am

An die

Oberfinanzdirektion Köln

Oberfinanzdirektion

5 Köln 16

5. SEP. 1968

Wörthstr. 1 - 3

Anlagen

Sofort zurück an :

Oberfinanzdirektion Hamburg  
- BV und BA -

(Unterschrift und ggf. Stempel  
des Empfängers)

- 1) An Herrn ...  
2) ...

16/9  
(Klemm)

16/9 68



OTTO SIEMS

Rechtsanwalt

Fernsprecher: 36 48 2

Postscheckkonto: Hamburg 611 62

Bankkonto: Deutsche Bank Hamburg,

Kto.-Nr. 7/01 359

Oberfinanzdirektion Hamburg

BV v. BA

Am:

Empf.: 20. SEP. 1968

Nachgek.: 33

43  
2000 Hamburg 36, den 17. Sept. 1968  
Poststraße 3 III  
S/Sch.

An die  
Oberfinanzdirektion Hamburg  
2000 Hamburg 13  
Harvestehuderweg 14

VV 6030 - A 101 - BV 33/332 -

Reg.Nr. 7647

Betr.: Rückerstattungsrechtliches Erfüllungsverfahren  
Dr. Felix Benno Arnheim

In obiger Sache teile ich mit, dass der Berechtigte Dr. Felix Benno Arnheim auf Rechtsmittel gegen den Bescheid vom 4. September 1968 verzichtet.

Zu BA.

F.A.

24/9.

(Kleiner)

B 24/9.68

Hochachtungsvoll

Rechtsanwalt